

6. Sachen Dritter werden beschlagnahmt und eingezogen, soweit der Berechtigte durch die Überlassung der Sachen an den Verein »Chicanos MC Barnim« dessen strafrechtswidrige Zwecke und Tätigkeiten vorsätzlich gefördert hat oder die Sachen zur Förderung dieser Zwecke und Tätigkeiten bestimmt sind.

Die Gläubiger des verbotenen Vereins werden gemäß § 15 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts aufgefordert,

- ihre Forderungen bis zum 30. Juni 2010 schriftlich unter Angabe des Betrages und des Grundes beim Ministerium des Innern des Landes Brandenburg anzumelden,

– ein im Falle des Konkurses beanspruchtes Vorrecht anzugeben, soweit dieses Voraussetzung für eine vorzeitige Befriedigung nach § 16 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts ist,

– nach Möglichkeit urkundliche Beweisstücke oder Abschriften hiervon beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Forderungen, die bis zum 30. Juni 2010 nicht angemeldet werden, nach § 13 Abs. 1 Satz 3 des Vereinsgesetzes erlöschen.

GABl. S. 169

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums Baden-Württemberg über die Erstattung der durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen entstandenen Fahrgeldausfälle

Vom 17. März 2010 – Az.: 44-5117-148.4 –

1. Auf Grund von

- § 148 Abs. 4 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046, 1047),
- § 1 der Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 18. September 1979 (GBl. S. 354, ber. 1980 S. 432), zuletzt geändert durch Artikel 91 der Verordnung vom 25. April 2007 (GBl. S. 252, 262),
- § 1 Abs. 1 der Zweiten Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personenverkehr vom 16. Dezember 1980 (GBl. 1981 S. 1)

wird bekannt gemacht:

Den Unternehmern, die öffentlichen Personenverkehr betreiben, werden für die Zeit

vom 1. Januar 2007 bis
31. Dezember 2007 2,54 Prozent,

vom 1. Januar 2008 bis
31. Dezember 2008 2,60 Prozent,

vom 1. Januar 2009 bis
31. Dezember 2009 2,53 Prozent

der von ihnen nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen im Nahverkehr erstattet.

2. Diese Verordnungsvorschrift tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft und am 30. Juni 2011 außer Kraft.

3. Mit Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift tritt die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit und Soziales über die Erstattung der durch die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen entstandenen Fahrgeldausfälle vom 20. April 2009 (GABl. S. 161) außer Kraft.

GABl. S. 170

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST

Verwaltungsvorschriften des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter (Drittmittelrichtlinien – DMRL) zu §§ 13 und 41 Landeshochschulgesetz (LHG)

Vom 16. April 2010 – Az.: 0415.2/5/1 –

1. ABSCHNITT

Grundsätzliche Bestimmungen

- 1.1 Geltungsbereich
- 1.2 Drittmittel

2. ABSCHNITT

Einwerbung und Annahme

- 2.1 öffentliche Drittmittel
 - 2.1.1 Definition
 - 2.1.2 Einwerbung, Anzeige, Antrag

- 2.1.3 Annahme
- 2.2 Drittmittel Privater
 - 2.2.1 Definition
 - 2.2.2 Einwerbung
 - 2.2.3 Anzeige
 - 2.2.4 Annahme
 - 2.2.5 Zuwendungsbestätigung
- 2.3 Kostenfestlegung
- 2.4 Sponsoring

3. ABSCHNITT

Verwaltung

- 3.1 Verwaltung
- 3.2 Fördervereine

4. ABSCHNITT

Verwendung

- 4.1 Verwendungszweck
- 4.2 Eigentumsregelung
- 5 Außerkräftreten und Veröffentlichung

1. ABSCHNITT

Grundsätzliche Bestimmungen

1.1 Geltungsbereich

Diese Verwaltungsvorschriften gelten für die Drittmittel der Hochschulen einschließlich der Medizinischen Fakultäten, die nach § 4 Abs. 3 Universitätsklinikagesetz (UKG) von den Universitätsklinik verwaltet werden.

Die Einwerbung und Verwendung von Mitteln Dritter für Forschung und Lehre gehört zu den Dienstaufgaben der hauptberuflich Beschäftigten der Hochschule und erfolgt im Hauptamt (§§ 13 Abs. 1, Abs. 6 und 41 Abs. 1 Satz 1 LHG). Sonstige Beschäftigte sind im Rahmen ihrer übertragenen Aufgaben zur Einwerbung von Drittmitteln befugt.

1.2 Drittmittel

Drittmittel sind Geldzuwendungen, Sachleistungen und Gegenleistungen aus Verträgen sowie alle sonstigen geldwerten Vorteile für Aufgaben in Forschung und Lehre nach § 2 Abs. 1 LHG.

Unter sonstige Einnahmen nach § 13 Abs. 1 und 6 LHG fallen Zuwendungen Dritter für sonstige Aufgaben der Hochschulen nach § 2 Abs. 2 ff. LHG. Für sie gelten die Drittmittelvorschriften. Sonstige Einnahmen dürfen nicht für Zwecke einzelner Hochschulmitglieder angenommen werden; dies gilt nicht für Stipendien und sonstige personengebundene Zuschüsse.

2. ABSCHNITT

Einwerbung und Annahme

2.1 Öffentliche Drittmittel

2.1.1 Definition

Öffentliche Drittmittel sind Zuwendungen und Aufträge öffentlich-rechtlicher Einrichtungen sowie Drittmittel, die direkt oder indirekt Mitteln der öffentlichen Hand entstammen. Die Hochschule wird ermächtigt, andere Einrichtungen den öffentlichen Einrichtungen gleichzustellen, wenn sie ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken i. S. d. Abschnitts »Steuerbegünstigte Zwecke« der §§ 51 ff. Abgabenordnung dienen und die Vergabe von Fördermitteln entsprechend einem in der Wissenschaft anerkannten Verfahren erfolgt.

2.1.2 Einwerbung, Anzeige, Antrag

Anträge oder Angebote zur Bereitstellung von Mitteln sind über den Vorstand zu leiten; der Vorstand legt allgemein fest, in welchen Fällen hierauf verzichtet werden kann.

2.1.3 Annahme

Der Genehmigungs- oder Zuwendungsbescheid des Drittmittelgebers ist dem Vorstand oder der von ihm beauftragten Stelle zuzuleiten. Die Annahme wird durch den Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle erklärt; das einwerbende Hochschulmitglied darf hierzu nicht bevollmächtigt werden.

Das Angebot ist abzulehnen, wenn die Annahme gegen gesetzliche Vorschriften verstößt. Es kann abgelehnt werden oder die Annahme mit Auflagen versehen werden bei

- Beeinträchtigung anderer Aufgaben der Hochschule,
- Beeinträchtigung von Rechten und Pflichten anderer Mitglieder der Hochschule
- nicht angemessener Berücksichtigung von Folgekosten oder
- nicht angemessener Berücksichtigung der Belange der Hochschule.

2.2. Drittmittel Privater

2.2.1 Definition

Drittmittel Privater sind alle Zuwendungen und Aufträge, die nicht unter Nr. 2.1.1 fallen.

2.2.2 Einwerbung

Das einwerbende Hochschulmitglied soll den Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle über die vorgesehene Einwerbung von Drittmitteln bereits frühzeitig informieren, z. B. über Verhandlungen mit dem Drittmittelgeber.

2.2.3 Anzeige

Das Angebot eines Dritten zur Bereitstellung von Mitteln ist dem Vorstand oder der von ihm beauftragten Stelle vom einwerbenden Hochschulmitglied unverzüglich anzuzeigen. Mit der Anzeige sind eine Erklärung über die Bereitstellung von Drittmitteln und die zur Entscheidung notwendigen Angaben und Unterlagen (z. B. Vertragsentwurf) vorzulegen; dabei ist

- der Name und die Anschrift des Drittmittelgebers anzugeben, bei Fördervereinen ist weitere Auskunft über die Wahrnehmung von Funktionen des einwerbenden Hochschulmitglieds im Förderverein und die Herkunft der Gelder zu geben.
- Darüber hinaus sind Angaben erforderlich, insbesondere
- über Höhe, Dauer und Zweckbestimmung der Mittel,
 - eine Erklärung über Folgekosten,
 - eine Erklärung über die Sicherung der räumlichen Unterbringung, bzw. über die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zur erfolgreichen Durchführung des Drittmittelprojekts sowie

- eine Erklärung des Drittmittelgebers, ob und inwieweit die Mittel direkt oder indirekt der öffentlichen Hand entstammen,
- bei Zuwendungen eine Erklärung des Drittmittelgebers, ob die Spende aus dem Privat- oder Betriebsvermögen stammt,
- eine Erklärung über die Mitwirkung des Einwerbenden an Beschaffungsvorgängen, die Produkte oder Dienstleistungen des Drittmittelgebers zum Gegenstand haben.

Der Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle hat ergänzend Erklärungen über rechtliche oder tatsächliche Beziehungen zum Drittmittelgeber (z. B. Art, Dauer und Umfang der Beziehungen, Beratervertrag, Mitglied im Aufsichtsrat oder in anderen Gremien des Drittmittelgebers) zu verlangen, soweit konkrete Anhaltspunkte für einen Grund zur Versagung der Annahme bestehen.

Der Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle hat sich ferner bestätigen zu lassen, dass keine weiteren Nebenabreden getroffen wurden und alle gewollten Inhalte in den vorgelegten Unterlagen enthalten sind.

2.2.4 Annahme

Die Annahme erfolgt durch die Hochschule. Sie wird durch den Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle erklärt. Das einwerbende Hochschulmitglied kann die Hochschule dabei nicht vertreten.

Das Angebot ist abzulehnen, wenn die Annahme gegen gesetzliche Vorschriften verstößt; es kann abgelehnt oder die Annahme mit Auflagen versehen werden, wenn die in Nr. 2.1.3 genannten Versagungsgründe vorliegen.

2.2.5 Zuwendungsbestätigung

Bei Zuwendungen zur Förderung von Aufgaben der Hochschule ist dem Zuwendungsgeber auf dessen Verlangen für steuerliche Zwecke eine Zuwendungsbestätigung nach dem Einkommensteuergesetz über die Höhe der Zuwendung zu erteilen, soweit die Voraussetzungen dazu vorliegen. Nach § 50 Abs. 1 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) hat die Zuwendungsbestätigung auf dem jeweils amtlich vorgeschriebenen Vordruck zu erfolgen. Nur der Vorstand oder eine ausdrücklich von ihm bestimmte Stelle sind befugt, Zuwendungsbestätigungen auszustellen. Aus dieser Bestätigung muss sich insbesondere auch ergeben, ob der zugewendete Betrag oder die Sachzuwendung unmittelbar für wissenschaftliche Zwecke oder für als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke verwendet wird (§ 10b Einkommensteuergesetz (EStG)). Die Bestätigung darf erst erteilt werden, wenn der zugewendete Betrag bei der für die Hochschule zuständigen Kasse vereinnahmt oder wenn die Sachzuwendung in das Eigentum des Landes oder der Hochschule übergegangen ist. Beruhen Mittel und Leistungen auf einer Gegenleistung der Hochschule, können keine Zuwendungsbestätigungen erstellt werden.

2.3 Kostenfestlegung

Bei Durchführung eines Vorhabens im Auftrag von Dritten sollen die Drittmittel die Verwaltungskosten (definiert in § 2 Abs. 6 des Landesgebührengesetzes (LGebG)) decken. Bei einem überwiegenden Interesse der Hochschule an der Durchführung des Forschungsvorhabens kann der Kostenersatz ermäßigt, in besonderen Ausnahmefällen von ihm abgesehen werden (§ 41 Abs. 5 Satz 2 LHG). Sofern die Hochschule im wirtschaftlichen Bereich tätig wird, ist der »Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation« der Europäischen Union (in der jeweils gültigen Fassung) zu beachten.

2.4 Sponsoring

Für die Einwerbung, Annahme und Verwaltung sowie die Verwendung von Mitteln, mit denen unternehmensbezogene Ziele der Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit verfolgt werden, gelten diese Verwaltungsvorschriften.

3. ABSCHNITT

Verwaltung

3.1 Verwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben sind im Staatshaushaltsplan oder im Wirtschaftsplan nachzuweisen. Die aus Mitteln Dritter fließenden Einnahmen sind nach § 34 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung (LHO) rechtzeitig und vollständig zu erheben. Die Hochschule ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die für die Leistung von Ausgaben erforderlichen Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung kassenmäßig zur Verfügung stehen.

Die Erklärungen nach Nr. 2.2.3 einschließlich des Angebots sind zu den Akten zu nehmen. Das gleiche gilt nach Abschluss des Drittmittelprojekts für die Abrechnung und gegebenenfalls für den Nachweis der Verwendung. Die Festlegungen über das Körpervermögen nach § 14 Abs. 2 LHG und § 13 Abs. 6 LHG bleiben davon unberührt.

3.2 Fördervereine

Fördervereine können Drittmittelgeber sein. Soweit sie (oder ähnliche Vereinigungen) Drittmittel oder sonstige Zuwendungen (vgl. Nr. 1.2 Abs. 2) bereitstellen, gelten diese Verwaltungsvorschriften uneingeschränkt.

4. ABSCHNITT

Verwendung

4.1 Verwendungszweck

Mittel Dritter dürfen nur für Zwecke von Forschung und Lehre, sonstige Einnahmen nur zur Förderung der sonstigen den Hochschulen nach § 2 LHG obliegenden Aufgaben verwendet werden.

In diesem Rahmen sind sie nach den vom Drittmittelgeber bestimmten Zweck zu verwenden und nach dessen Bedingungen zu bewirtschaften. Gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen dürfen nicht entgegen-

genstehen. Aus Drittmitteln dürfen Honorare, Leistungsbezüge nach § 11 Abs. 1 und 2 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) i.V.m. § 11 b Abs. 3 LBesG sowie Forschungs- und Lehrzulagen nach § 12 LBesG und zusätzliche Vergütungen daher nur gezahlt werden, soweit sie gesetzlich oder tarifvertraglich vorgesehen sind.

Treffen die Bestimmungen keine Regelung, bestimmt die Hochschule über die Verwendung der Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der für die Wirtschaftsführung der Hochschule maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Angemessenheit zu berücksichtigen. Für die Genehmigung und Abrechnung von Dienstreisen sind die jeweils gültigen Vorschriften des Landesreisekostengesetzes und die zugehörigen Verwaltungsvorschriften anzuwenden.

Für die Verwendung öffentlicher Drittmittel sind die LHO und die VV des Landes zu beachten. Für Zuwendungen für sonstige Zwecke gelten ebenfalls die LHO und die VV des Landes, es sei denn der Zuwendungsgeber hat besondere Bedingungen festgelegt.

4.2 Eigentumsregelung

Gegenstände, die aus Mitteln Dritter beschafft werden, gehen in das Eigentum des Landes über, es sei denn der Zuwendungsgeber hat etwas anderes bestimmt; ein Übergang des Eigentums auf ein Hochschulmitglied ist ausgeschlossen. Die Gegenstände sind zu inventarisieren und zu kennzeichnen.

5 Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Verwaltungsvorschrift tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2016 außer Kraft. Sie ersetzt die Drittmittelrichtlinien vom 21. März 2001 (GABL. S. 697). Die Verwaltungsvorschrift wird zusammen mit den Hinweisen im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht.

GABL. S. 170

Hinweise zu den Verwaltungsvorschriften zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter (DMRL)

Vorbemerkung:

Die nachfolgenden Hinweise sollen den einwerbenden Hochschulmitgliedern und der Hochschulverwaltung Anhaltspunkte für die Einwerbung und Verwaltung von Drittmitteln geben. Dabei wird auf die besonderen Schwierigkeiten bei der Einwerbung und Verwendung von Drittmitteln hingewiesen, die sich aus den strafrechtlichen Bestimmungen zur Vorteilsannahme und Untreue ergeben. Es werden Wege aufgezeigt, wie Schwierigkeiten vermieden werden können. Angesichts der Vielgestaltigkeit der Lebensverhältnisse ist eine abschließende Darstellung nicht möglich. Bei Einhaltung des Verfahrens und bei sachgerechter Entscheidung durch die Hochschule kann von einer ordnungsgemäßen Einwerbung von Drittmitteln ausgegangen werden. Die Verantwortung für abweichendes Verhalten liegt im Einzelfall bei den Beteiligten.

Zu Nr. 1.1 – Geltungsbereich

Mit den Regelungen der §§ 13 Abs. 1 und Abs. 6 sowie 41 Abs. 1 LHG werden die Hochschulen verpflichtet, sich in geeigneter Weise um die Einwerbung von Mitteln Dritter zu bemühen, um zur Finanzierung ihrer Aufgaben beizutragen.

Die in Nr. 1.1 der Verwaltungsvorschrift zur Annahme und Verwendung von Mitteln Dritter genannten Personen sind damit zur Einwerbung und Entgegennahme solcher Mittel berechtigt, ohne dass sie eine beamtenrechtliche oder strafrechtliche Verfolgung wegen der Annahme von Vorteilen befürchten müssen, wenn die wirksame Zustimmung der Hochschule zur Annahme vorliegt. Die Geltung der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums und des Finanzministeriums zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Bedienstete des Landes (VwV-Geschenkannahme) in der jeweils aktuellen Fassung bleibt hiervon jedoch unberührt. Die Zustimmung zur Annahme durch die Hochschule ist nur wirksam, wenn die Betroffenen das gesetzlich normierte und durch die Verwaltungsvorschriften konkretisierte Verfahren der Anzeige und der Annahme der Drittmittel einhalten und ihre Angaben hierzu vollständig und richtig sind. Bei der Verwendung ist darauf zu achten, dass die gesetzlichen Vorschriften eingehalten werden.

Ein Auftrag für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit kann nur einheitlich entweder als Dienstaufgabe oder als Nebentätigkeit angenommen und ausgeführt werden (Splitting-Verbot). Führt ein Hochschullehrer eine Arbeit als Dienstaufgabe aus, können seine Mitarbeiter daran nicht im Rahmen einer Nebentätigkeit beteiligt werden. Nimmt ein Hochschullehrer einen Auftrag an, der in Nebentätigkeit ausgeführt werden soll, muss er der Hochschule rechtzeitig vor der Annahme des Auftrags oder der Mittel ausdrücklich und schriftlich dem Vorstand oder der von ihm bestimmten Stelle erklären, dass er die Forschung in Nebentätigkeit ausüben will und dass eine Nebentätigkeitsgenehmigung erteilt sowie eine Regelung über das Nutzungsentgelt getroffen bzw. vorgesehen ist.

Nach den nebentätigkeitsrechtlichen Bestimmungen darf ein Hochschullehrer einen Auftrag für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit nur dann als Nebentätigkeit übernehmen, wenn er die wesentlichen Maßnahmen zur Auftragsausführung selbst anordnet, ihre Durchführung überwacht und dafür die persönliche Verantwortung trägt. Die daraus erzielten Einnahmen dürfen nicht über die Universitäts-/Amtskasse bzw. die Landesoberkasse geleitet werden. Beschäftigt ein Mitglied der Hochschule im Rahmen eines als Nebentätigkeit übernommenen Auftrags für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit Personal als Arbeitgeber, hat dieser die Arbeitgeberpflichten in arbeits-, steuer- und sozialversicherungsrechtlicher Hinsicht zu erfüllen. Für eine dem Arbeitnehmer evtl. arbeitsvertraglich zugesagte Zusatzversorgung haftet der Hochschullehrer persönlich. Wird dieses Personal in Einrichtungen der Hochschule beschäftigt oder sollen Geräte aufgestellt und genutzt werden, die Privateigentum sind, so bedarf es der Zustimmung der Hochschule. Die Hochschulverwaltung darf keine über Auskünfte hinausgehende Verwaltungshilfe leisten.

Bei Aufträgen für eine wissenschaftliche oder künstlerische Tätigkeit von Privatinstitutionen, an denen Hochschulmitglieder finanziell beteiligt sind, sind die durch das Wissen-

schaftsministerium erlassenen Bestimmungen für die Genehmigung von Nebentätigkeiten und für die Gestaltung von Rechtsbeziehungen zwischen Privatinstitut und Universität zu beachten.

Zu Nr. 1.2 – Drittmittel

Zu den Sachleistungen gehören nicht nur körperliche Gegenstände von bleibendem Wert (Investitionen) sondern auch Verbrauchsgüter.

Sonstige geldwerte Vorteile sind alle anderen Leistungen Dritter, die der Hochschule oder einem ihrer Mitglieder zu Gute kommen, beispielsweise die Überlassung von Räumen, Einrichtungen oder Personal, die Bereitstellung von Fahrscheinen, Flugscheinen, Hotelunterkünften usw., soweit diese vom Drittmittelgeber unentgeltlich oder erheblich verbilligt zur Verfügung gestellt werden.

Auch Drittmittel, die über einen Betrieb gewerblicher Art der Hochschule abgewickelt werden, fallen unter die Verwaltungsvorschriften.

Die Berechtigung des § 13 Abs. 1 und Abs. 6 LHG zur Annahme von Drittmitteln umfasst nicht

- Mittel für Zwecke, die nicht zu den Aufgaben der Hochschule gehören;
- Zuwendungen, die an ein Hochschulmitglied nicht für dienstliche sondern für private Zwecke gegeben werden; insoweit ist die VwV-Geschenkannahme in der jeweils aktuellen Fassung zu beachten;
- Preisnachlässe oder an den Umsatz gekoppelte Vergünstigungen, da diese allein der Reduzierung des Beschaffungsaufwands dienen;
- Mittel für gesetzlich verbotene oder sittenwidrige Zwecke.

Die sonstigen Einnahmen beziehen sich auf die sonstigen, nach § 2 Abs. 2 ff. LHG übertragenen Aufgaben; die in der Haushaltssystematik als Verwaltungseinnahmen ausgewiesenen Einnahmen werden hiervon nicht erfasst.

Zu Nr. 2.1 – Öffentliche Drittmittel

Zu Nr. 2.1.1 – Definition

Die Feststellung, ob und in welchem Umfang Mittel Dritter direkt oder indirekt der öffentlichen Hand entstammen, wird von der Hochschule auf Grund der Angaben nach Nr. 2.2.3 der Verwaltungsvorschriften getroffen. Zu den Mitteln, die indirekt der öffentlichen Hand entstammen, gehören alle Mittel, die dem Drittmittelgeber unmittelbar von öffentlichen Einrichtungen zur Erfüllung gemeinnütziger Zwecke zugewendet werden. Bei der Annahme und Verwendung der Drittmittel gelten die Vorschriften jeweils über die öffentlichen oder über die privaten Drittmittel, soweit eine getrennte Vereinnahmung und Verwendung möglich ist.

Ist bei einer Gemeinschaftsfinanzierung von Maßnahmen eine getrennte Behandlung nach privaten und öffentlichen Drittmitteln nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich, kann wie folgt verfahren werden:

Soweit der Anteil der öffentlichen Mittel an der Zuwendung oder an dem Auftrag überwiegt, finden die Vorschriften über die Annahme und Verwendung öffentlicher Drittmittel Anwendung; im übrigen gelten die Vorschriften über die privaten Drittmittel.

Den öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, die Drittmittel grundsätzlich nach festgelegten Regeln und Verfahren vergeben, kann die Hochschule andere – auch privatrechtliche – Einrichtungen ausdrücklich gleichstellen, wenn sie vergleichbar öffentlichen Einrichtungen tätig werden. Dies sind z.B. Förderinstitutionen, die überwiegend oder zu einem großen Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Hierzu können aber auch private Einrichtungen, insbesondere private Stiftungen wie z.B. VW-Stiftung, Bosch-Stiftung, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft usw. gerechnet werden, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke (§ 52 Abgabenordnung) unterstützen.

In der Wissenschaft anerkannte Vergabeverfahren beachten im wesentlichen folgende Grundregeln:

- Das Verfahren eröffnet die Möglichkeit einer offenen Bewerbung.
- Die Entscheidung über die Vergabe von Mitteln erfolgt auf Grund einer wissenschaftlichen Begutachtung, also in der Regel durch einen Bewilligungsausschuss, an dem Wissenschaftler beteiligt sind oder der sich durch Wissenschaftler beraten lässt.
- Für die Mittelvergabe sind Grundsätze festgelegt, in denen wissenschaftliche Kriterien für eine Bewilligung eindeutig definiert sind.

Zu Nr. 2.1.2 – Einwerbung, Anzeige, Antrag

Zuwendungen öffentlich-rechtlicher Einrichtungen (einschließlich Zuweisungen in Erfüllung von Aufträgen) werden der Hochschule in der Regel durch Zuwendungsbescheid oder durch Mittelzuweisung bereitgestellt. Sofern die Gestaltung dieser Verfahren sicherstellt, dass die Hochschule ausreichend informiert wird, kann die Hochschule auf eine Beteiligung bei der Antragstellung – ganz oder auf einzelne Verfahren bezogen – verzichten. Für Zuwendungen, die der Hochschule von »gleichgestellten Einrichtungen« (nach Nr. 2.1.1 der Verwaltungsvorschriften) gegeben werden, sollte sie sicherstellen, dass sie im Rahmen eines vergleichbaren Antragsverfahrens ebenfalls rechtzeitig und ausreichend informiert wird.

Zu Nr. 2.1.3 – Annahme

Bei öffentlichen Drittmitteln kommt es in der Regel nur dann zur Ablehnung der Annahme, wenn die in § 13 Abs. 6 LHG genannten Gründe vorliegen. Ein Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften dürfte die Ausnahme sein; im Einzelfall kann aber ein Verstoß gegen spezielle Gesetze, die insbesondere Datenschutz, Strahlenschutz, Gentechnik, Tierschutz oder Arzneimittel betreffen, nicht ausgeschlossen werden. Die Beeinträchtigung anderer Aufgaben der Hochschule kann sich insbesondere aus einer unverhältnismäßigen Inanspruchnahme der Ressourcen der Hochschule durch Drittmittelprojekte ergeben.

Zuständig für die Annahme ist der Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle. Der Beauftragte für den Haushalt soll die Entscheidung des Vorstands vorbereiten.

Gesetz (§ 13 Abs. 6 LHG) und Verwaltungsvorschriften bestimmen den Zeitpunkt der Annahme als (spätesten) Zeitpunkt der Prüfung der Versagungsgründe. In der Praxis werden zum Zeitpunkt der Bereitstellung von öffentlichen Drittmitteln kaum noch Einwendungen gegen die Annahme erhoben werden können. Der Vorstand und die von ihm

beauftragte Stelle sollte die Versagensgründe daher schon vor der Weiterleitung von Förderanträgen prüfen.

Zu Nr. 2.2 – Drittmittel Privater

Zu Nr. 2.2.2 – Einwerbung

Die gesetzliche Regelung der Einwerbung und Annahme von Drittmitteln in § 13 Abs. 6 LHG und die ergänzende Drittmittelrichtlinie sollen dazu beitragen, dass die betroffenen Hochschulmitglieder bei ordnungsgemäßer Wahrnehmung ihrer Dienstaufgaben keine dienstrechtliche oder strafrechtliche Verfolgung befürchten müssen. Der Schutzzweck des Verfahrens soll nicht nur dann gelten, wenn das einwerbende Hochschulmitglied keine sonstigen unmittelbaren oder mittelbaren Kontakte zum Drittmittelgeber unterhält, sondern auch dann, wenn das durch die Zuwendungen mittelbar begünstigte Hochschulmitglied laufende dienstliche Beziehungen zum Drittmittelgeber in Forschung und Lehre unterhält.

Nähere Regelungen über die Aufgaben, Pflichten und Berechtigungen im Zusammenhang mit der Einwerbung, Annahme, Verwaltung und Verwendung von Drittmitteln sind vor dem Hintergrund gewachsener Sensibilität gegenüber Versuchen unlauterer Einflussnahmen auf alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung geboten. Der Bundesgesetzgeber hat die Strafvorschriften gegen Vorteilsannahme und Bestechlichkeit (§§ 331 ff. StGB) durch das Gesetz zur Bekämpfung der Korruption vom 13. August 1997 verschärft. Die strafbare Vorteilsannahme (§ 331 StGB) setzt nicht mehr voraus, dass ein Vorteil in Beziehung zu einer konkreten Diensthandlung steht. Es reicht aus, dass der Vorteil die Gegenleistung für die Dienstausbildung als solche bildet. Damit sollen auch Erscheinungsformen erfasst werden, die mit »Landschaftspflege« oder »Schaffung eines günstigen Klimas« umschrieben werden. Außerdem werden nunmehr die sog. Dritt Vorteile strafrechtlich erfasst, um Umgehungsversuchen durch die Gewährung von Vorteilen an private oder institutionelle Dritte (z. B. Vereine) zu begegnen. Bei der Einwerbung und der Annahme von Drittmitteln muss deshalb jeder Eindruck einer Käuflichkeit von dienstlichem Handeln, beispielsweise bei der Mitwirkung an Beschaffungsentscheidungen, vermieden werden. Insbesondere darf ein Vorteil – für sich oder für Dritte – nicht als unlautere Gegenleistung für die Dienstausbildung gefordert oder angenommen werden.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn das für die Einwerbung und Annahme von Drittmitteln im Landeshochschulgesetz und den Drittmittelrichtlinien festgelegte formalisierte Verfahren von den einwerbenden Hochschulmitgliedern eingehalten wird. Wichtige Voraussetzung für ein ordnungsgemäßes Verfahren ist die frühzeitige Beteiligung der Hochschulverwaltung an den Verhandlungen, damit die Hochschule ihre Beratungsfunktion wahrnehmen kann. Die hierzu erforderlichen Angaben des einwerbenden Hochschulmitglieds müssen vollständig und richtig sein.

Auf folgende Sachverhalte, bei denen mit dienstrechtlichen oder strafrechtlichen Konsequenzen gerechnet werden muss, wird besonders hingewiesen:

- die Annahme von umsatzabhängigen Zuwendungen, insbesondere Einrichtung von sog. Bonuskonten durch Lieferfirmen;

- die Finanzierung von Reisen und Arbeits- oder Fortbildungsveranstaltungen, die nicht überwiegend der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule dienen; dies gilt erst recht für die – auch teilweise – Finanzierung von Reisekosten für private Begleitpersonen;

- die Finanzierung von Betriebsfeiern und Ausflügen aus Mitteln von Firmen im Rahmen bestehender oder zu erwartender Geschäfts-/Lieferbeziehungen.

Dienstrechtliche oder strafrechtliche Konsequenzen können nicht dadurch vermieden werden, dass Mittel über Dritte (z. B. Vereine) geleitet oder von diesen verwaltet werden.

Zu Nr. 2.2.3 – Anzeige

Der Vorstand oder die von ihm beauftragte Stelle kann nur dann sachgerecht entscheiden, ob sie die Drittmittel für die Hochschule annehmen, wenn das einwerbende Hochschulmitglied umfassend den Stand der bisherigen Einwerbung anzeigt und die vorliegenden schriftlichen Informationen (z. B. Vertragsentwurf) beifügt. Die erforderlichen Angaben sind im Einzelnen in den Verwaltungsvorschriften genannt.

Zum Schutz des einwerbenden Hochschulmitglieds soll durch das im Gesetz und in den Verwaltungsvorschriften vorgesehene Verfahren und die abzugebenden Erklärungen auch sichergestellt werden, dass die Annahme von Drittmitteln nicht unter dienstrechtlichen oder strafrechtlichen Gesichtspunkten zu beanstanden ist, falls zwischen dem einwerbenden und ggf. mittelbar begünstigten Hochschulmitglied und dem Drittmittelgeber sonstige tatsächliche oder rechtliche Beziehungen bestehen. Dabei kann es sich um gegenwärtige oder vergangene Beziehungen, aber auch um solche handeln, die in einem überschaubaren Zeitraum zu erwarten sind (z. B. Lieferbeziehungen, sonstige Aufträge, Beteiligungsverhältnisse oder Zuwendungen). Auch Beziehungen zum Drittmittelgeber, die das einwerbende Hochschulmitglied nur mittelbar betreffen (z. B. zu Angehörigen oder zu Vereinigungen, denen das Hochschulmitglied angehört), können hier von Bedeutung sein. Es liegt im eigenen Interesse des einwerbenden Hochschulmitglieds, diese Verhältnisse gegenüber dem Vorstand offen zu legen, da dieser nur so die rechtliche Situation zutreffend einschätzen kann und nur bei vollständiger und richtiger Information die Annahmeerklärung, und die damit verbundenen rechtlichen Wirkungen vollständig entfalten kann.

Ergänzende Erklärungen werden in der Regel bei Beschaffungsvorgängen angefordert werden müssen, wenn eine Bedarfsbeschreibung auf Grund der besonderen Spezifikation durch das beteiligte Hochschulmitglied zu einer entscheidenden Einengung der Beschaffungsentscheidung führt.

Zu Nr. 2.2.4 – Annahme

Drittmittel von privaten Auftrags- oder Zuwendungsgebern werden von der Hochschule auf der Grundlage schriftlicher Erklärungen angenommen. Nur der Vorstand oder eine ausdrücklich von ihm bestimmte Stelle sind befugt, die Annahme zu erklären und Drittmittelverträge zu schließen. Damit soll gleichzeitig sichergestellt werden, dass der Drittmittelgeber über die Annahme und die Bedingungen, unter der sie erfolgt, informiert wird und ggf. der Wille des Drittmittelgebers über die Verwendung der Mittel hinreichend dokumentiert wird.

Soweit es ausnahmsweise zu keinem schriftlichen Vertragsabschluss kommt, soll die Hochschule die Entscheidung über die Annahme in Schriftform erklären.

Die Hochschulverwaltung prüft, ob Versagungsgründe vorliegen und entscheidet über die Annahme.

Werden Drittmittel unmittelbar vom Vorstand eingeworben, ist der Aufsichtsrat gem. § 16 Abs. 6 i.V.m. § 20 Abs. 1 LHG zu unterrichten. Der Aufsichtsrat regelt dabei das Verfahren.

Zu Nr. 2.3 – Kostenfestlegung

Die derzeit gültige Fassung des Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen für Forschung, Entwicklung und Innovation« der Europäischen Union ist veröffentlicht im ABl. C 323 vom 30. Dezember 2006, S. 1.

Zu Nr. 2.4 – Sponsoring

Unter Sponsoring im engeren, betriebswirtschaftlichen Sinne wird üblicherweise die Gewährung von Geld oder geldwerten Vorteilen durch Unternehmen zur Förderung von Personen, Gruppen und/oder Organisationen in sportlichen, kulturellen, kirchlichen, wissenschaftlichen, sozialen, ökologischen oder ähnlich bedeutsamen gesellschaftspolitischen Bereichen verstanden, mit der regelmäßig auch eigene unternehmensbezogene Ziele der Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit des Sponsors verfolgt werden. Leistungen eines Sponsors beruhen regelmäßig auf einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Sponsor und dem Empfänger der Leistungen (Sponsoring-Vertrag), in dem Art und Umfang der Leistungen des Sponsors und des Empfängers geregelt sind.

Bei der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Sponsor und der Hochschule sollten folgende Schranken beachtet werden:

- Der Sponsoring-Vertrag darf zu keiner Beeinträchtigung der Aufgaben und Belange der Hochschule führen.
- Es ist auf eine Trennung von Werbung und redaktionellem Inhalt bei Veröffentlichungen und öffentlichen Darstellungen zu achten.
- Von der Mitwirkung an Werbemaßnahmen, die mit dem Charakter der Hochschule als öffentliche Einrichtung und ihrem spezifischen gesetzlichen Auftrag nicht vereinbar sind bzw. dem Ansehen der Hochschule abträglich sein können, soll abgesehen werden.
- Die Abhängigkeit von einem bestimmten Unternehmen und dessen Produkten sowie auch der Eindruck einer derartigen unangemessenen Abhängigkeit soll vermieden werden.
- Es dürfen durch den Sponsoring-Vertrag keine Zusagen von Einzelentscheidungen der Hochschule in anderen Bereichen als dem, der den Gegenstand der Austauschbeziehungen des Sponsoring-Vertrags bildet, als Gegenleistung für das Sponsoring gegeben oder in Aussicht gestellt werden.
- Der Sponsoring-Vertrag, der schriftlich abgeschlossen wird, soll die Leistungen des Sponsors und die Gegenleistungen der Hochschule eindeutig bestimmen. Dabei muss die Hochschule prüfen, ob sie über die Rechte verfügen kann, die Gegenstand des Sponsoring-Vertrags sind bzw. ob es bei Rechten Dritter der Vereinbarung mit diesen bedarf.

In den Sponsoring-Verträgen sollte ein Recht zur fristlosen Kündigung vorgesehen werden, für den Fall, dass sich Beeinträchtigungen der Lehre und Forschung oder andere der o. a. Probleme bei der Umsetzung der Beziehungen ergeben sollten.

Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass die Hochschule der Körperschaftssteuerpflicht bezüglich der Einnahmen aus dem Sponsoringvertrag unterliegt, es sei denn, dass dieser so ausgestaltet und durchgeführt wird, dass die Hochschule an den Werbemaßnahmen des Sponsors nicht aktiv mitwirkt, sondern sich darauf beschränkt, auf Plakaten, Veranstaltungshinweisen, in Ausstellungskatalogen oder in anderer Weise auf die Unterstützung durch den Sponsor lediglich hinzuweisen. Dieser Hinweis kann auch unter Verwendung des Namens, Emblems oder Logos des Sponsors, jedoch ohne besondere Hervorhebung, erfolgen. Die jeweils gültigen steuerrechtlichen Vorgaben und Hinweise der Steuerverwaltung sind zu berücksichtigen.

Zu Nr. 3.1 – Verwaltung

Drittmittel werden durch die Einstellung in den Staatshaushaltsplan Landesmittel und werden deshalb nach denselben gesetzlichen Bestimmungen abgewickelt.

Zu 4.1 – Verwendungszweck

Soweit die Hochschule gemäß § 13 Abs. 7 LHG nach pflichtgemäßem Ermessen über die Verwendung von Drittmitteln und sonstigen Einnahmen nach § 13 Abs. 1 LHG zur Erfüllung ihrer Aufgaben bestimmt, liegt die Verantwortung für die Anwendung des pflichtgemäßen Ermessens beim Beauftragten für den Haushalt.

Dabei sind die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Nach Ausübung des Ermessens und unter Berücksichtigung des § 7 LHO könnten z. B. folgende Maßnahmen aus Mitteln Dritter finanziert werden:

- Aus Mitteln Privater dürfen nach pflichtgemäßem Ermessen auch Dienstzimmerausstattungen mit über den allgemein geltenden Richtsätzen liegenden Kosten beschafft werden.
- Aus Mitteln Privater dürfen auch Bewirtungskosten in angemessenem Umfang bezahlt werden, wenn ein dienstlicher Anlass besteht.
- Grundsätzlich gilt beim Land der Selbstversicherungsgrundsatz. Ausnahmsweise können Gegenstände, die aus Mitteln Dritter finanziert werden, versichert werden, wenn der Drittmittelgeber eine Versicherung verlangt und die Prämien erstattet oder wenn der Versicherungsbeitrag aus verfügbaren Drittmitteln, die von privater Seite stammen, entrichtet werden kann. Bei Forschungsaufträgen privater Dritter können von der Hochschule Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden, wenn das Vorhaben mit besonderen Risiken verbunden ist und der Versicherungsbeitrag aus dem verfügbaren Entgelt entrichtet werden kann.

Bei der Verwendung von öffentlichen Drittmitteln sind die LHO und die Verwaltungsvorschriften des Landes zu beachten soweit keine abweichenden Bewilligungsbedingungen des Drittmittelgebers bestehen; das Ermessen der Hochschule ist insoweit eingeschränkt.

Bei Gemeinschaftsfinanzierungen, die sowohl mit öffentlichen als auch privaten Drittmitteln erfolgen, wird auf Nr. 2.1.1 der Hinweise verwiesen.

Personal darf zu Lasten von Mitteln Dritter, die über den Staatshaushaltsplan abgewickelt werden, nur in einem Arbeitsverhältnis zum Land beschäftigt werden. Diese Arbeitsverhältnisse sollen grundsätzlich befristet werden. Für den Abschluss befristeter Arbeitsverträge gelten die allgemeinen arbeitsrechtlichen und die tarifvertraglichen Bestimmungen; bei hauptberuflich tätigem wissenschaftlichem Personal sind befristete Arbeitsverträge nach den jeweils gültigen Regelungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, des TzBfG, des LHG und des TV-L abzuschließen.

Liegen ausnahmsweise die Voraussetzungen für den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen nicht vor, so können mit den aus Mitteln Dritter vergüteten Bediensteten unbefristete Verträge abgeschlossen werden. Durch Neben-

abreden soll der Bedienstete bei seiner Einstellung ausdrücklich auf die Abhängigkeit seines Beschäftigungsverhältnisses von Mitteln Dritter hingewiesen werden.

Aus Drittmitteln und sonstigen Einnahmen dürfen keine zusätzlichen Vergütungen an Bedienstete des Landes gezahlt werden, unabhängig davon, ob diese ihre Vergütung aus einer im Staatshaushaltsplan veranschlagten Stelle oder aus von Dritten bereitgestellten Mitteln erhalten. Ausnahmen durch Bestimmungen des Auftraggebers sind nicht möglich. Leistungsbezüge nach § 11 Abs. 1 und 2 LBesG i. V. m. § 11 b Abs. 3 LBesG, Überstundenvergütungen sowie Zulagen dürfen nur gezahlt werden, soweit die gesetzlichen oder tarifvertraglichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

Zu Nr. 5 – Inkrafttreten und Veröffentlichung

Die Hinweise werden zusammen mit den Drittmittelrichtlinien im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht.

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Bekanntmachung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über amtlich erlaubte Zusatzbestimmungen zu den Teilnahmebedingungen der Lotterie KENO für die Ziehungen vom 7. bis 13. Juni 2010

Vom 3. Mai 2010 – Az.: 86-1114.3-11/12 –

Das Land Baden-Württemberg ändert für die Ziehungen der Lotterie KENO vom 7. bis einschließlich 13. Juni 2010 den Gewinnplan und die dazugehörige Ermittlung der Gewinne wie nachfolgend beschrieben:

§ 1

Gewinnplanänderung und Gewinnberechtigung

(1) Der Gewinnplan wird für die Ziehungen vom 7. bis 13. Juni 2010 um zwei zusätzliche Gewinnklassen erweitert.

Verlost werden in den Unternehmen der KENO-Kooperation in *Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen* jeweils folgende Gewinne:

Täglich 1 BMW XI sDrive à ca. 30 000 €

im Gesamtwert von ca. 210 000,- €,

täglich 100 × 100 €, davon täglich 20 × 100 € Gewinne in Baden-Württemberg,

im Gesamtwert von 70 000,- €, für Baden-Württemberg 14 000,- €.

(2) Gewinne können alle Spielteilnehmer erzielen, die mit der Staatliche Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg, Nordbahnhofstraße 201, 70191 Stuttgart (im Folgenden »Gesellschaft« genannt) zu den oben genannten Ziehungen einen Spielvertrag über die Teilnahme an der Lotterie KENO abgeschlossen haben.

Teilnahmeberechtigt sind auch Mehrwochenspielverträge der vorausgegangenen Ziehungen, deren Laufzeit die oben genannten Ziehungen mit einschließt.

(3) Der Gewinn eines BMW schließt den Gewinn eines Geldgewinns aus der Sonderauslosung für diesen Tag aus.

(4) Der Gewinn eines BMW oder eines Geldgewinnes schließt den Gewinn in einer anderen Gewinnkategorie in der Lotterie KENO nicht aus.

§ 2

Zulassung/Zuteilung der Gewinne auf die Gesellschaften der KENO-Kooperation

(1) Die Lotterie-Treuhand Gesellschaft mbH in Hessen stellt in einer beurkundeten Auslosung täglich nach dem letzten Annahmeschluss die teilnehmenden Unternehmen fest, die den Gewinn über den PKW BMW und die Geldgewinne für ihren Bereich erhalten.

(2) Die Zulassung des täglichen PKW-Gewinnes auf die einzelnen teilnehmenden

Unternehmen erfolgt entsprechend dem Spieleinsatz der teilnehmenden Unternehmen an der Lotterie KENO aus dem Jahr 2009.

(3) Die Zuteilung der Geldgewinne auf die einzelnen teilnehmenden Unternehmen erfolgt entsprechend dem Spieleinsatz der teilnehmenden Unternehmen an der Lotterie KENO aus dem Jahr 2009.

§ 3

Abwicklung der Gewinnermittlung

(1) Mit der Gewinnermittlung für die Sonderauslosung wird in Baden-Württemberg ab Dienstag, dem 8. Juni 2010, täglich in den Geschäftsräumen der Gesellschaft begonnen. Die Sonderauslosung findet öffentlich statt.

Sollte die Gewinnermittlung am jeweiligen Tag nicht beendet werden können, wird sie am darauf folgenden Tag fort-